

■ Rente: Für viele wird es im Alter knapp	2
■ Wirtschaftskrise: Nachhaltige Erholung braucht ein drittes Konjunkturpaket	3
■ Privatisierung: Die Rückkehr des Staates – marktliberale Leitbilder verblassen	4
■ Arbeitsbedingungen: Kennzahlen bringen Stress	6
■ Gesundheit: Aus Spaß geht niemand zum Arzt	6
■ Hochschulen: Forschung – Der falsche Wettbewerb	7
■ TrendTableau	8

EUROPA

Korridore für soziale Standards

Am Ende der Wirtschaftskrise könnten die nationalen Sozialsysteme in Europa enorm unter Druck geraten, fürchtet Klaus Busch.* Mit Koordinierung ließe sich ein ruinöser Wettbewerb über immer niedrigere Sozialausgaben jedoch verhindern.

Die Krise treibt in allen Ländern der Europäischen Union die Staatsschulden in die Höhe. Angesichts knapper Kassen droht in den kommenden Jahren ein „race to the bottom“ bei den Sozialausgaben, warnt Busch, Politikprofessor an der Universität Osnabrück. Doch solche Wettbewerbsverschiebungen zu Lasten sozial Schwacher können vermieden werden mit einer auf europäischer Ebene koordinierten Sozialpolitik, argumentiert der Wissenschaftler.

In der Lohn- und der Steuerpolitik versuchen die Länder Europas seit geraumer Zeit, sich über einen Senkungswettbewerb Vorteile zu verschaffen. Besonders Irland hat seit Beginn der 90er-Jahre trotz kräftiger wirtschaftlicher Entwicklung die Sozialleistungen gekürzt. Um diese Spirale nach unten zu stoppen, schlägt Busch vor, bestimmte Schwankungsbreiten für Wohlstand und Wohlfahrt europaweit festzuschreiben.

Genauer: Die Größe des Wohlfahrtsstaats wird gemessen an der Sozialleistungsquote in Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Sie soll gekoppelt werden an das ökonomische Entwicklungsniveau des jeweiligen Staats, ausgedrückt in Pro-Kopf-Einkommen. In der EU identifiziert Busch vier Staatengruppen mit ähnlichen Niveaus bei Sozialleistungsquote und Einkommen:

- ▶ Bulgarien und Rumänien mit den niedrigsten Werten;
- ▶ darüber die baltischen Staaten, die Slowakei, Ungarn und Polen;
- ▶ nachfolgend Portugal, Griechenland, Slowenien und Tschechien
- ▶ und an der Spitze alle anderen Länder der Europäischen Union.

Für diese vier Gruppen ließen sich unterschiedliche Korridore festlegen, innerhalb derer die Sozialleistungsquoten schwanken dürften. Damit wäre einer Politik des Sozialdumpings ein Riegel vorgeschoben: Staaten mit ähnlichem Wohl-

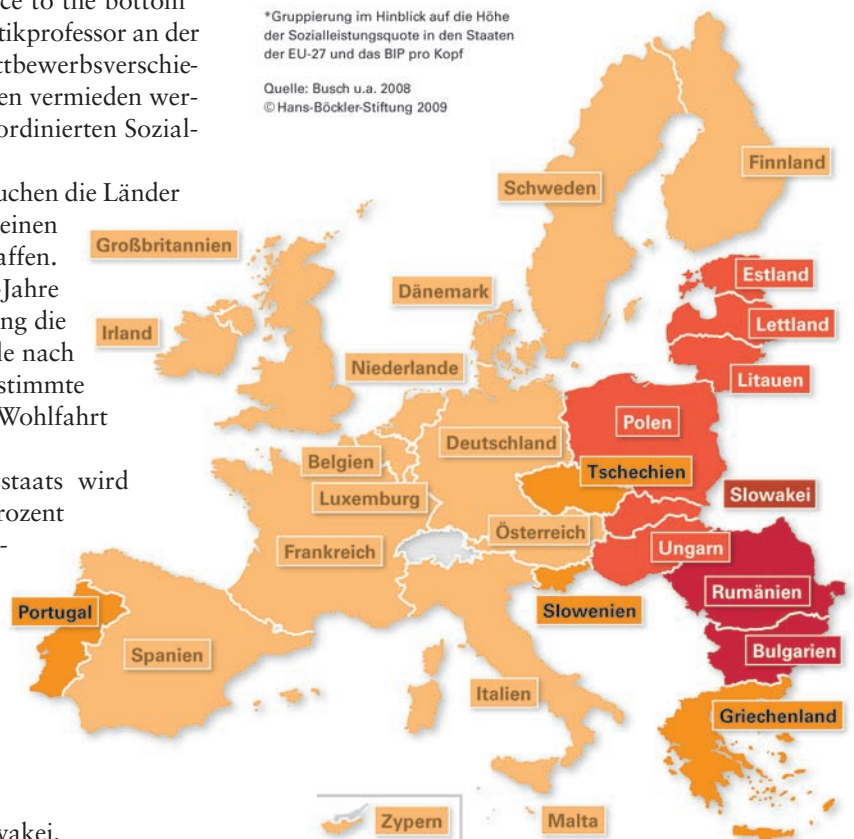
Ostgefälle in Europa

In diesen Staaten ist der ökonomische und soziale Entwicklungsstand*...

■ sehr niedrig ■ niedrig ■ mittel ■ hoch

*Gruppierung im Hinblick auf die Höhe der Sozialleistungsquote in den Staaten der EU-27 und das BIP pro Kopf

Quelle: Busch u.a. 2008
© Hans-Böckler-Stiftung 2009



stand bieten ihren Bürgern dann vergleichbare Sozialleistungen. Wettbewerbsvorteile über niedrige Sozialausgaben wären abgestellt. Der Vorzug dieser Lösung: Sie könnte pragmatisch funktionieren, ohne dass zunächst ein einheitlicher europäischer Wohlfahrtsstaat geschaffen werden muss. ◀

* Quelle: Klaus Busch: Die Perspektiven des Europäischen Sozialmodells, Expertise im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitspapier Nr. 92, 2005
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Für viele wird es im Alter knapp

Vielen Beschäftigten droht im Alter ein Leben in Armut. Das Problem ließe sich eindämmen – durch eine Ausweitung der Rentenversicherung auf Selbstständige sowie mehr Mindestsicherung.

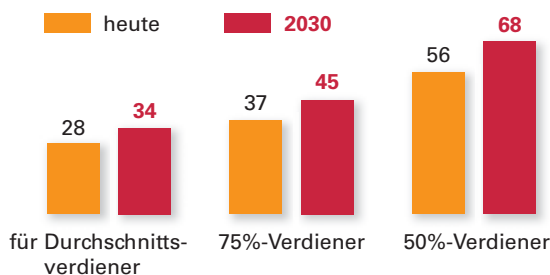
Ältere Menschen sind heute seltener arm als jüngere. Ende 2006 bekamen lediglich 2,3 Prozent der über 65-Jährigen in Deutschland Grundsicherung im Alter. Ist Altersarmut also kein Problem? Simone Leiber vom WSI warnt davor, die Situation der heutigen Rentnergeneration mit der künftigen Ruheständler zu verwechseln.* Die niedrige Armutsquote der Rentner belegt zwar, dass das Rentensystem in der Vergangenheit vergleichsweise gut funktioniert hat – also als die heutigen Rentner ihre Anwartschaften erworben haben. Das gelte für künftige Rentner aber nicht mehr. Einem großen Teil der heute Erwerbstätigen fällt es schwer, Rentenansprüche oberhalb des Sozialhilfeniveaus anzusammeln. Das betrifft vor allem Beschäftigte, die lange wenig verdienen oder wegen Arbeitslosigkeit, Pflegearbeit oder vorübergehender Selbstständigkeit nicht konstant in die Rentenkasse einzahlen. Ihnen droht im Alter ein Leben in Armut.

Das Thema Altersarmut kehrt zurück. Das hat vor allem zwei Gründe: Die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt – mehr atypische Jobs und mehr Niedriglöhne – machen sich bemerkbar. Aber auch die Rentenreformen der vergangenen Dekade tragen dazu bei. Sie haben die Leistungsfähigkeit des gesetzlichen Alterssicherungssystems deutlich eingeschränkt. „Durch längerfristiges, jedoch einschneidendes Absenken des Leistungsniveaus der gesetzlichen Rentenversicherung ist das Ziel der Lebensstandardsicherung nur noch im Zusammenspiel der Säulen aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge erreichbar“, so Leiber.

Die Zahl der erforderlichen Beitragsjahre für eine Rente auf Sozialhilfe-Niveau wird ansteigen. Wer 2030 in Ruhestand geht und im Laufe seines Erwerbslebens 75 Prozent des durchschnittlichen Einkommens erzielt, wird erhebliche Probleme haben, eine Rente in Grundsicherungs-Höhe zu bekommen. Wer nur die Hälfte verdient, hat keine Chance.

Mehr Rentenbeitragsjahre nötig

Die für eine Rente in Höhe der Grundsicherung* erforderlichen Beitragsjahre betragen...



*hier 664 Euro für einen alleinstehenden Arbeitnehmer nach aktuellen Werten
Quelle: Steffen 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

Private und betriebliche Vorsorge können das kaum ausgleichen: Niedriglöhner und Arbeitslose sind selten in der Lage, in einen Riestervertrag einzuzahlen. Und gerade sie haben oft keinen Zugang zu betrieblichen Pensionskassen.

Unvermeidlich ist die Zunahme der Altersarmut dennoch nicht, so die Wissenschaftlerin: „Die Politik hat eine Vielzahl von bislang noch nicht ausgeschöpften Handlungsoptionen.“ Um Altersarmut vorzubeugen, sei es sinnvoll, vor allem die gesetzliche Rentenversicherung zu stärken. Die Sozialexpertin des WSI nennt zwei Ansatzpunkte. Der Gesetzgeber könnte mindestsichernde Elemente einführen und den Versichertenkreis ausweiten. „Mit der Kombination könnte man schon vieles verbessern“, sagt Leiber.

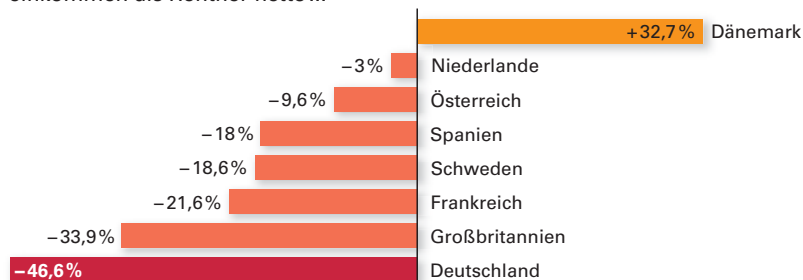
Ausgleich für Geringverdiener. In Deutschland gibt es einen engen Zusammenhang zwischen den Ein- und Auszahlungen in die Rentenkasse. Das so genannte Äquivalenzprinzip sorgt zwar für eine hohe Legitimation der Pflichtversicherung, kann aber auch zum Problem werden, wenn die Rente für viele nicht höher als die Sozialhilfe ist. Leiber verweist auf Länder, die Ausgleichsmechanismen speziell für Geringverdiener haben. Grund- oder Mindestrenten seien in Europa gängig. Leiber empfiehlt ein Mindestsicherung auch für die deutsche Rentenversicherung. Diese käme „jenen zu Gute, die zu den langjährig versicherten, niedrig entlohnten Beschäftigten gehören“. Bei den Anspruchs-Voraussetzungen für diese Mindestsicherung sollten Phasen der Arbeitslosigkeit, der Teilzeit oder Familienarbeit mit berücksichtigt werden, auch um Frauen nicht zu benachteiligen.

Versicherung ausweiten. Von Altersarmut sind vor allem Beschäftigte bedroht, die nicht konstant in die gesetzliche Rentenkasse einzahlen. Darum rät Leiber zu einer Ausweitung der gesetzlichen Rentenversicherung auf alle Erwerbstätigen, insbesondere auf Solo-Selbstständige mit geringem Einkommen. Zudem könnten die Rentenanswartschaften von Arbeitslosen, Auszubildenden und Pflegepersonen erhöht werden. ◀

* Quelle: Simone Leiber: Armutsvermeidung im Alter: Handlungsbedarf und -optionen, in: Hans-Jürgen Urban u.a. (Hg): Der Neue Generationenvertrag: für den Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung, im Erscheinen
Download unter www.boecklerimpuls.de

Gefährdete Alterssicherung bei Geringverdienern

Ein durchschnittlicher Geringverdiener* erhält im Vergleich zum Arbeitseinkommen als Rentner netto...



*mit Einkommen bis 50% des Durchschnittsverdienstes; Quelle:OECD 2007 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

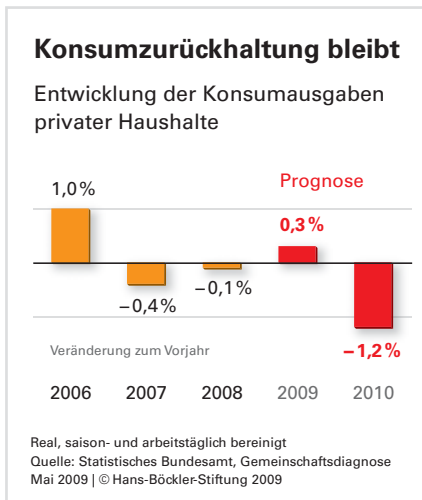
Nachhaltige Erholung braucht ein drittes Konjunkturpaket

Deutschland hat noch nicht genug gegen die Weltwirtschaftskrise unternommen. Kurzfristig nötig sind vor allem Eigentumsrechte des Staats an den zu rettenden Banken, die längere Zahlung von Arbeitslosengeld und ein drittes Konjunkturpaket.

Bundesregierung und Europäische Zentralbank (EZB) haben bereits viel getan, um den Absturz der Wirtschaft zu stoppen. Doch die bisherigen Pläne reichen allenfalls zu einem Verharren auf niedrigem Niveau, analysiert das IMK.* Für eine nachhaltige Erholung haben die Ökonomen eine wirtschaftspolitische Krisenstrategie erarbeitet:

Noch ein Konjunkturpaket. Das Volumen der Konjunkturprogramme ist angesichts der unerwarteten Tiefe der Rezession zu klein, zeigen die Wirtschaftsforscher. Deshalb müsse die Bundesregierung umgehend ein drittes Konjunkturpaket auflegen. Die öffentlichen Investitionen sollten 2010 nochmals um 10 Milliarden und 2011 um 15 Milliarden Euro steigen. Großes Defizit der bisherigen Konjunkturprogramme: Sie sehen lediglich Investitionen in Beton vor, nicht aber Investitionen in Köpfe – sprich: mehr Personal. Gerade im Bildungsbereich, aber auch in vielen sozialen Berufen wären Neueinstellungen erforderlich.

Auch der private Konsum braucht mehr Unterstützung, um dem wirtschaftlichen Einbruch entgegenzuwirken. Das IMK



schlägt eine Ausweitung des Kinderbonus' vor: ab Juni dieses Jahres ein halbes Jahr lang monatlich 200 Euro pro Kind.

Das Konjunkturpaket könnte am besten wirken, wenn die Aktivitäten international koordiniert wären. In diesem Fall würden in allen Ländern die Sickerverluste nationaler Programme aufgrund steigender Importe stark begrenzt.

Beim Thema Verschuldung gilt: Erst wenn die Konjunktur an Fahrt gewinnt, können die öffentlichen Haushalte ihre Defizite zurückfahren. Höchst problematisch wäre die Verankerung einer so genannten Schuldenbremse im Grundgesetz, so die Ökonomen. Denn mechanische gesetzliche Regelungen könnten niemals aktuellen wirtschaftlichen Gegebenheiten gerecht werden und würden daher Schief lagen sogar verschärfen.

Bessere Regeln zur Bankenrettung. Banken müssten dazu verpflichtet werden, ihre „giftigen“ Wertpapiere in Bad Banks auszulagern. Nach den bisherigen Plänen können Geldinstitute dies auf freiwilliger Basis tun. Weil noch keine strengere Regulierung existiert, lädt das die Geldhäuser zu

weiteren Spekulationen ein, warnt das IMK. Eine Beteiligung an den Banken brächte dem Staat einen Einfluss auf deren Geschäftspolitik. So könnte er sicherstellen, dass die Institute wieder ihre wirtschaftliche Funktion erfüllen.

Entsprechende Eigentumstitel erlauben es der öffentlichen Hand auch, einen Teil der Kosten der Finanzmarktkrise über künftige Kursgewinne abzudecken. Denn in Zukunft werden sich die Börsenkurse der Banken höchstwahrscheinlich wieder erholen. Mit dem Verkauf seiner Anteile könnte der Staat dann einen Teil seiner wegen der Krise erhöhten Schuldenlast abtragen.

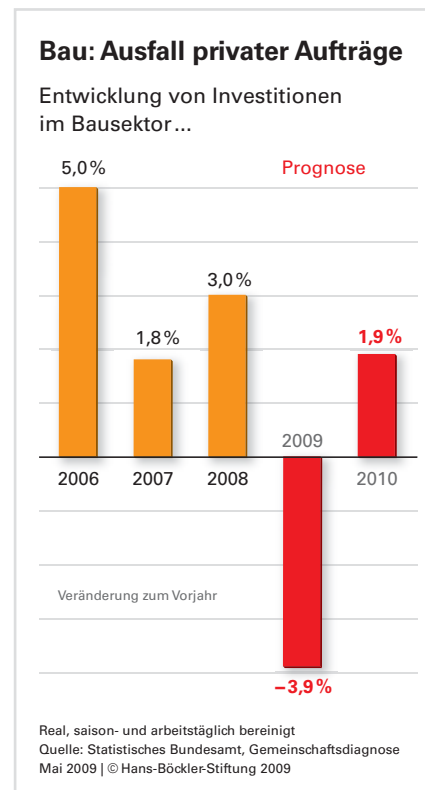
Eindämmen der Deflationsgefahr. Wegen des weltweit scharfen wirtschaftlichen Einbruchs ist es weiterhin möglich, dass die Preise nachhaltig sinken.

Die Konjunkturforscher halten es deshalb für erforderlich, dass die EZB ihren Leitzins auf Null senkt und breitflächig Wertpapiere aufkauft, bis die Deflationsgefahr nachlässt.

Auch die Bundesregierung kann gegensteuern, indem sie einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn einführt. Denn bei

sinkenden Preisen entsteht ein Druck auf die Löhne. Mit einer Haltelinie ließe sich dieser abmildern.

Arbeitslosengeld I für 24 Monate. Ab dem Sommer werden die Arbeitslosenzahlen rasant steigen, ohne dass es schnell neue Jobs geben wird. Damit würden 2010 Hunderttausende in Hartz IV abrutschen. Massive Einkommens- und möglicherweise Vermögensverluste wären die Folge; die Binnennachfrage würde dramatisch geschwächt. Deshalb schlägt das IMK vor, das Arbeitslosengeld I für die Zeit der Krise auf einheitlich zwei Jahre zu verlängern. ◀



* Quelle: IMK-Arbeitskreis Finanzkrise: Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise: Wie die Krise entstand und wie sie überwunden werden kann, IMK Report Nr. 38 Mai 2009
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Die Rückkehr des Staates – marktliberale Leitbilder verblassen

Was soll der Staat leisten und was nicht? In den vergangenen drei Jahrzehnten dominierte das Leitbild der Entstaatlichung. Doch in der Krise wird deutlich, dass die Bedeutung des Staates unterschätzt wurde.

Neue Leitbilder setzen sich oft in einer Krise durch, wenn etablierte Ideen an Attraktivität verlieren. Derzeit büßt das lange dominierende Leitbild des „schlanken Staates“ an Zustimmung ein und könnte möglicherweise bald verdrängt werden, schreibt Hans-Jürgen Bieling. Der Politikwissenschaftler von der Universität Hamburg hat untersucht, wie sich die Vorstellungen vom optimalen Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft in der Bundesrepublik gewandelt haben.* Bieling schildert, welche Staats-Konzepte sich in den Auseinandersetzungen für einige Jahre durchgesetzt haben, Wahrnehmungen und Deutungen prägten und so Einfluss auf die politischen Entscheidungen hatten.

wohlfahrtsstaatliche Leistungen wurden ausgeweitet. Zu diesem Leitbild passten die Bildungsexpansion und der Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung.

Späte 1970er-Jahre – Kritik am Wohlfahrtsstaat. „Als Kontrapunkt zur aufkommenden staatlichen Planungseuphorie“ wurde vermehrt Kritik am keynesianischen Leitbild laut, schreibt Bieling. In einer Phase von wirtschaftlicher Stagnation, Inflation und zunehmender Arbeitslosigkeit konnte ein konkurrierendes Leitbild an Zustimmung gewinnen. Die Forderung lautete: An die Stelle des bürokratischen, leistungsfeindlichen Wohlfahrtsstaates solle ein schlanker Wettbewerbsstaat treten, der sich ausschließlich auf seine Kernaufgaben konzentrierte. Damit würde der Weg frei für mehr Eigenverantwortung der Bürger und die Selbstheilungskräfte des Marktes.

1980er bis Mitte der 1990er-Jahre – schlanker Wettbewerbsstaat. Die Politik der „sozialen Anrechte“ trat hinter eine marktorientierte Leistungs- und Effizienzkonzeption zurück. Als übergeordnetes Ziel wurde eine gesteigerte internationale Wettbewerbsfähigkeit verfolgt, so die Studie. Allerdings dauerte es mehr als ein Jahrzehnt, bis sich das neue Leitbild des „schlanken Staates“ durchsetzte – gegen wohlfahrtsstaatliche Institutionen und korporatistische Netzwerke, gewerkschaftliche Proteste sowie im föderalen System angelegte Widerstände. Einerseits habe es zwar Deregulierungen im Arbeitsrecht gegeben, die Bedingungen für die Inanspruchnahme von Sozialleistungen seien verschärft worden und die finanzpolitische Konsolidierung sei ein wichtiges

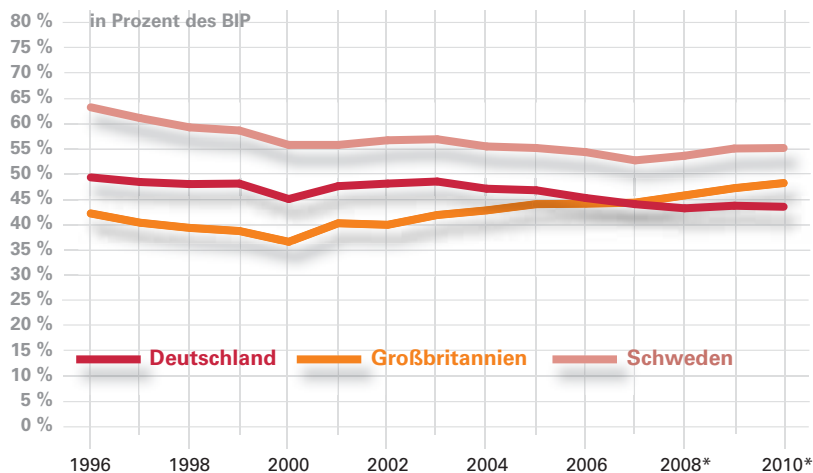
Ziel gewesen. „Andererseits klappt zwischen dem bekundeten Verschlanungsanspruch und der praktischen Politik jedoch eine unübersehbare Lücke“, stellt Bieling fest. Der Entstaatlichungsprozess beschleunigte sich erst Mitte der 1990er-Jahre. Vor allem drei Faktoren waren dafür ausschlaggebend:

- ▶ die Vertiefung des europäischen Binnenmarktes mit der Liberalisierung von Post, Telekom, Strom- und Gasversorgung;
- ▶ eine wachsende Dynamik auf den Finanzmärkten, die Privatisierungen immer lohnender erscheinen ließ;
- ▶ eine neue Argumentationsfigur, die Einzug in die politischen Debatten erhielt: der „Reformstau“.

Als Reaktion auf die Vorstellung vom Reformstau gewann die Idee vom „aktivierenden Staat“ immer mehr Anhänger. Darunter verstanden sie ein neues, kooperatives Verhältnis

Anteil des Staates in Deutschland sinkt

Der Anteil der Staatsausgaben entwickelte sich in...



* geschätzte Werte; Quelle: OECD 2000 (für Schweden bis 1992), Europäische Kommission 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

Nachkriegsjahre – eingehogter Liberalismus. Die Nachkriegsordnung beschreibt Bieling als „eingebetteten Liberalismus“. Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeber und andere maßgebliche gesellschaftliche Kräfte vertraten die Auffassung, dass der Kapitalismus durch zahlreiche Institutionen „einzuhegen“ sei: politische Kontrolle des Währungs- und Finanzsystems, Sozialstaat und korporatistische Institutionen, die einen sozialen Interessenausgleich zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ermöglichen.

Späte 1960er und frühe 1970er-Jahre – keynesianischer Wohlfahrtsstaat. Ende der 1960er-Jahre kristallisierte sich das Leitbild des keynesianischen Wohlfahrtsstaates heraus. Die Konjunkturkrise von 1967 verhalf dem Konzept der Globalsteuerung von Karl Schiller zum Durchbruch. Erstmals betrieb der Staat eine aktive Konjunktursteuerung,

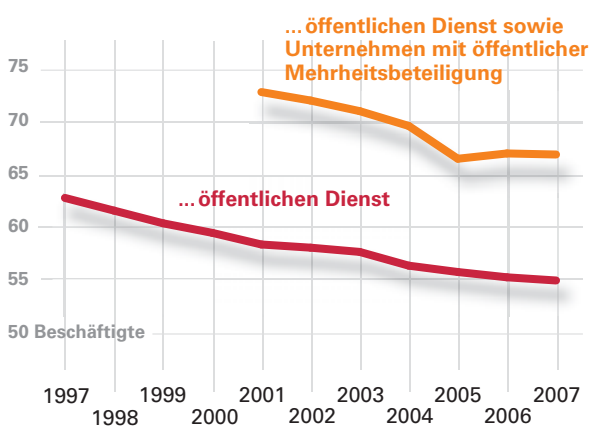
zwischen Staat und Zivilgesellschaft, das die Eigenverantwortung der Bürger betont. Als praktische Vorbilder galten die Arbeitsmarktreformen in Dänemark, Großbritannien und den Niederlanden.

Späte 1990er-Jahre bis heute – Gewährleistungsstaat. Mit dem Gewährleistungsstaat entwickelte sich Ende der 1990er-Jahre ein neues Leitbild, das die Idee des aktivierenden Staates präziserte. Die Rolle des Staates wandelte sich Bieling zufolge „vom Versorgungsmonopolisten zum Versorgungsmanager“. Öffentliche Dienstleistungen sollten weitgehend von privatwirtschaftlichen Betrieben erbracht werden, der Staat habe aber weiterhin eine flächendeckende Versorgung in ausreichender Qualität und zum angemessenen Preis zu garantieren. Das Resultat sei eine „zwar wettbewerbs- und sozialpolitisch eingefasste, aber fortgesetzte Entstaatlichungspolitik“. Wurde einige Jahre zuvor noch diskutiert, ob Privatisierung an sich der richtige Weg sei, sollte es gemäß des Leitbildes im Gewährleistungsstaat nur noch darum gehen, die Privatisierung zu gestalten.

Indizien für eine Trendwende. Die Vorstellung vom schlanken Staat, der möglichst viele Aufgaben dem Markt überantwortet und nur ein wenig reguliert, hat in jüngster Zeit an Akzeptanz verloren, beobachtet Bieling. Sie bestimme nicht mehr die politische Agenda. Bereits im Bundestagswahlkampf 2005 habe es Anzeichen für eine Kehrtwende gegeben. Eine „marktliberale Reformstrategie“ sei nicht mehrheitsfähig gewesen. Der Wissenschaftler führt dies auf eine veränderte Wahrnehmung zurück: Die sozialen Probleme haben den „Reformstau“ von der politischen Tagesordnung

Öffentlicher Dienst entlässt

Pro Tausend Einwohner arbeiteten im ...

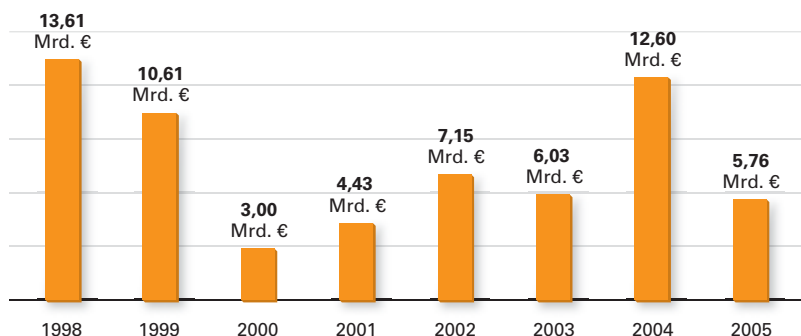


Quelle: Statistisches Bundesamt 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

verdrängt. Armut und Prekarisierung, die sozialen Folgewirkungen des „marktliberalen Reformeifers“, traten in den Vordergrund. Und die Politik reagierte mit ersten Korrekturen an den zuvor bestimmenden Leitlinien: Ältere Arbeitslo-

Privatisierungserlöse – feste Posten im Budget

Die Einnahmen öffentlicher Haushalte aus Privatisierungen betragen ...



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen Truger 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

se bekommen wieder länger Arbeitslosengeld, zumindest in einigen Branchen machte sich die Politik für die Einführung von Mindestlöhnen stark. Eltern- und höheres Kindergeld „weisen in Richtung einer gestärkten sozialstaatlichen flankierung der marktliberalen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik“.

Die Folgen der Finanzkrise. Die Finanzmarktkrise schein sich als Wendepunkt in der Definition staatlicher Aufgabebereiche zu erweisen, schreibt Bieling. Ansätze zu einer neuen Finanzmarktregulierung und staatliche Konjunkturprogramme zeugten von einer gesteigerten Bereitschaft, wieder stärker in die kapitalistische Ökonomie einzugreifen. Zentrale Aspekte des „finanzgetriebenen Akkumulationsregimes bzw. des angloamerikanischen Kapitalismusmodells“ würden nun infrage gestellt. Die Protagonisten und „Aushängeschilder“ dieses Wirtschaftsmodells seien „vorläufig von der Bühne verschwunden“: die fünf großen US-amerikanischen Investmentbanken.

Die Bevölkerung sieht die Privatisierung vormalig öffentlicher Aufgaben heute recht kritisch, das belegen Umfragen. So sprachen sich im Oktober 2008 deutliche Mehrheiten für eine Beteiligung des Staates an Unternehmen der Energiewirtschaft, des Flug- und Bahnverkehrs sowie der Post aus. Staatsbeteiligungen wünschten sich fast zwei Drittel der Befragten auch in der Finanz- und Versicherungsbranche. „Es hat sich mittlerweile die Auffassung breitgemacht, dass der Gewährleistungsstaat vielfach nicht mehr in der Lage sei, flächendeckende, zuverlässige, qualitativ hochwertige und preisgünstige Infrastrukturdienstleistungen sicherzustellen“, fasst der Wissenschaftler das Stimmungsbild zusammen.

Allerdings warnt Bieling auch davor, voreilige Schlüsse zu ziehen. Denn nicht alle Politiker oder Wirtschaftsvertreter, die in der Krise mehr staatliches Engagement fordern, sehen den Staat als dauerhaften „Wirtschaftsgestalter“. Viele, die bislang den schlanken Staat propagiert haben, billigen ihm nur eine zeitlich begrenzte Rolle als „Katastrophenschützer“ zu, der sich schnell wieder zurückziehen soll, sobald die Aufräumarbeiten erledigt sind. ◀

* Quelle: Hans-Jürgen Bieling: „Privat vor Staat“? Zur Entwicklung politischer Leitbilder über die Rolle des Staates, in WSI-Mitteilungen 5/2009
Download unter www.boecklerimpuls.de

Kennzahlen bringen Beschäftigten Stress

Wird die Arbeit über Zielvorgaben gesteuert, arbeiten Beschäftigte unter ständigem Zeitdruck.

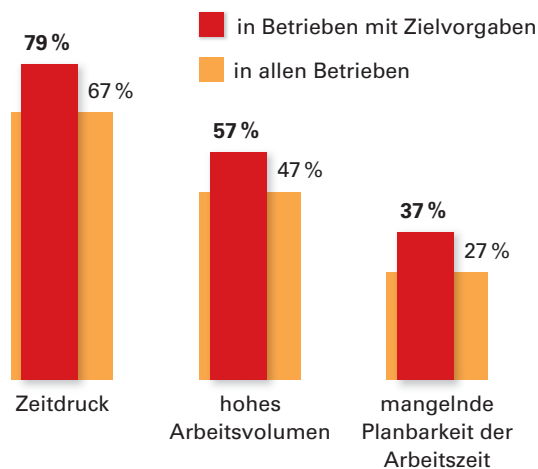
Ein großer Teil der deutschen Unternehmen führt seine Beschäftigten auch über Ziele. Mehr als die Hälfte der Betriebe räumt Arbeitnehmern relativ freie Hand bei der Gestaltung der Arbeit ein, misst dafür aber die Leistung anhand zuvor festgelegter Kriterien. Das geht aus der jüngsten WSI-Betriebsrätebefragung hervor.* In 39 Prozent dieser Betriebe wird das Instrument nicht nur für Führungskräfte, sondern sogar für die gesamte Belegschaft eingesetzt.

In jedem dritten Betrieb, der dieses Instrument nutzt, werden die zu erreichenden Ziele nicht gemeinsam von Führungskräften und Beschäftigten erarbeitet, sondern einseitig vom Management festgelegt. Zentrales Erfolgskriterium in fast allen Fällen: wirtschaftliche Kennzahlen. Danach folgen Kundenzufriedenheit und die Qualität der Arbeitsergebnisse. Häufig sind mit dem Erreichen des Ziels Boni oder Abzüge verbunden. Wer eine Vorgabe wie einen bestimmten Umsatz nicht erfüllt, muss je nach Arbeitgeber mit Nachteilen rechnen – etwa mit Karriere-Blockaden oder finanziellen Einbußen. In seltenen Fällen komme es gar zu Entlassungen, berichtet WSI-Expertin Elke Ahlers.

Wo Zielvorgaben gängig sind, nimmt der Stress der Beschäftigten spürbar zu. In knapp 80 Prozent dieser Betriebe prägt ständiger Zeit- und Leistungsdruck den Arbeitsalltag. Das ist deutlich mehr als der Durchschnittswert in allen Unternehmen, der immerhin bei 67 Prozent liegt. Auch das Arbeitsvolumen wurde von den Betriebsräten in mehr als der Hälfte der Betriebe mit Zielvorgaben als zu hoch einge-

Zielvorgaben erhöhen den Druck

So viele Betriebsräte geben an, dass die Arbeit in ihrem Betrieb geprägt ist durch ...



Angaben der Betriebsräte; repräsentativ für Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten und Betriebsrat; Quelle: WSI-Betriebsrätebefragung 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

schätzt. Dass die Arbeitszeit weniger planbar ist, kritisierten 37 Prozent, ebenfalls deutlich mehr als im Durchschnitt aller untersuchten Unternehmen. Für die WSI-Betriebsrätebefragung, die im Rahmen des Projekts PARGEMA durchgeführt wurde, sind im vergangenen Winter 1.700 Arbeitnehmervertreter aus Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten befragt worden. ◀

* Quelle: WSI-Betriebsrätebefragung 2008. Innovationsfähigkeit, Arbeitsbedingungen und Gesundheit im Betrieb; Elke Ahlers ist WSI-Gesundheitsexpertin und Verbundpartnerin im BMBF-Forschungsprojekt Partizipatives Gesundheitsmanagement (PARGEMA)
Download unter www.boecklerimpuls.de

Gesundheitsversorgung

Aus Spaß geht niemand zum Arzt

Die Deutschen sollen seltener zum Arzt gehen, fordern Ärztfunktionäre. Erreichen wollen sie das durch eine höhere direkte Kostenbeteiligung von Patienten. Der Nutzen: fraglich, Nebenwirkungen: wahrscheinlich.

Patienten sollen eine höhere finanzielle „Eigenverantwortung“ tragen. Etwa über eine deutliche Erhöhung der Praxisgebühr, fordern manche Ärztfunktionäre. Solchen Vorschlägen liegt die Annahme des sogenannten „Moral-Hazard-Modells“ zu Grunde: Die soziale Pflichtversicherung verleite Versicherte dazu, ihren individuellen Nutzen auf Kosten der Allgemeinheit zu maximieren – ohne Rücksicht auf die Kosten. Es gebe sogar den Anreiz, die eigenen Beiträge

wieder „hereinzuholen“, etwa durch häufige Arztbesuche. Diese Denkfigur ist populär. Doch es gibt keine belastbaren wissenschaftlichen Belege für ein solches Verhalten in signifikantem Ausmaß. Das zeigt Simone Leiber, Sozialexpertin im WSI, in einer aktuellen Analyse.* Metaanalysen der Untersuchungen zum Thema aus den letzten Jahrzehnten kamen zu dem Ergebnis: „Gesundheitswissenschaftliche, versorgungsbezogene und klinische Studien le-

gen vielmehr nahe, dass die Versicherten das System nicht ausnutzen wollen oder können“, resümierten etwa die Forscher eines Projekts am Wissenschaftszentrum Berlin, nachdem sie rund 1.500 Studien ausgewertet hatten. Die oft zitierte RAND-Studie ergab zwar, dass nach Einführung spürbar höherer direkter Kostenbeteiligungen weniger Versicherte zum Arzt gingen. Längerfristige gesundheitliche Folgen des veränderten Verhaltens wurden jedoch nicht untersucht. Der Effekt sei „mit einer Reihe bedeutender Nebenwirkungen“ verbunden, so Leiber zum Forschungsstand: Etwa wachse die Gefahr, dass insbesondere Versicherte mit nied-

rigen Einkommen Krankheiten verschleppten. „Neben den negativen Folgen für die Betroffenen können dadurch die erhofften Kostenersparnisse langfristig konterkariert werden“, warnt Leiber. Weiteres Ergebnis der RAND-Studie: Die Form des Honorars für Ärzte und Krankenhäuser – also Einzelleistungsvergütung versus fixes Gehalt, Fallpauschalen oder Kopfpauschalen pro Patient – hat mehr Einfluss auf die Kostensenkung als die direkte Kostenbeteiligung der Patienten.

* Quelle: Simone Grimmeisen, Simone Leiber: Zwischen Kostenprivatisierung und PatientInnenautonomie: Eigenverantwortung in der Gesundheitspolitik. WSI-Diskussionspapier Nr. 163, März 2009

Download unter www.boecklerimpuls.de

Forschung: Der falsche Wettbewerb

Universitäten werden heute wie Unternehmen geführt – mit Blick auf einen guten Platz im Hochschulranking. Aus der Wirtschaft entlehene Verfahren zur Bewertung von Forschungsleistungen sind jedoch nur bedingt geeignet, den wissenschaftlichen Fortschritt voranzubringen.

Regelmäßige Evaluationen sollen die Effizienz erhöhen – ob in Krankenhäusern, Arbeitsagenturen oder an Hochschulen. Doch zum wissenschaftlichen Wettbewerb um die beste Theorie passt der betriebswirtschaftliche Controlling-Ansatz nicht. Im Gegenteil: Er verstärkt den Druck auf Wissenschaftler, sich der herrschenden Lehrmeinung anpassen, statt mit neuen Ideen zu experimentieren. Denn die Kreativität von Außenseitern wird von den üblichen Bewertungsmodellen nicht belohnt, schreiben die Soziologen Richard Münch und Max Pechmann, die die Folgen der „Evaluitis“ an Universitäten untersucht haben.* Sie kritisieren zudem, dass die öffentlichkeitswirksamen Wettbewerbe um die besten Evaluations-Noten den Konzentrationsprozess in der Bildungslandschaft fördern: Unis oder Fachbereiche mit der besten finanziellen Ausstattung ziehen die bekanntesten Forscher an. Denen falle es am leichtesten, ihre Forschungsergebnisse erfolgreich zu vermarkten und Pluspunkte bei der nächsten Evaluation zu sammeln – was wiederum zu höheren Zuwendungen für die jeweilige Forschungseinrichtung führe.

Die Angst, übersehen zu werden. Bis vor wenigen Jahren war der intellektuelle Wettbewerb mit Fachkollegen eine Sache der Forscher selbst, nicht die der Universitäten. Das hat sich Münch und Pechmann zufolge geändert: Die „internationale Sichtbarkeit“ von Hochschulen sei zu einem der meistgebrauchten Begriffe der Forschungspolitik geworden. Es sollen akademische Leuchttürme entstehen, die mit Harvard, Yale und Oxford mithalten können. In diesem Modell kämpften nicht mehr in erster Linie Wissenschaftler um Erkenntnisfortschritte, sondern Hochschulen um Marktanteile, konstatieren die Autoren. Dass dabei eine Zwei-Klassen-Forschung entstehe, müsse nach Meinung der Protagonisten der Exzellenz-Strategie hingenommen werden. Evaluationen und anschließende Rankings seien das Hauptinstrument, um die vermeintlich besten Unis herauszufiltern.

Woran ist gute Forschung zu erkennen? Ein Erklärungsfaktor für den Erfolg der wachsenden „Evaluationsindustrie“ besteht der Studie zufolge darin, dass sie Ergebnisse in Form von Zahlen liefert: leicht zu verstehen und scheinbar objektiv. Allerdings haben die Soziologen Zweifel, ob die von Evaluatoren genutzten Methoden – vor allem Veröffentlichungen und Zitate in internationalen Fachzeitschriften zählen – ein angemessener Indikator für die Qualität von Wissenschaft sind. Solche Ergebnisse seien durch strukturelle Faktoren verzerrt: Professoren mit vielen Mitarbeitern können mehr produzieren als andere. Wer ein deutschsprachiges Lehrbuch statt eines englischen Zeitschriftenaufsatzes schreibt, geht leer aus. Wer dem wissenschaftlichen Mainstream folgt, hat bessere Chancen, gedruckt und zitiert zu

werden als Querdenker. Die Auswahlverfahren der Fachzeitschriften wirkten wie eine „Gedankenpolizei“, so die Studie.

Rankings sind anfällig für Manipulationen. Neue Regeln im akademischen Betrieb führen zu neuen Verhaltensweisen. So zerhacken einige Forscher ihre Ergebnisse absichtlich in kleine Portionen, um die Zahl ihrer Veröffentlichungen zu steigern, oder versuchen auf andere Weise Ranking-relevante Größen zu manipulieren. Münch und Pechmann nennen ein besonders absurdes Beispiel aus den USA: Hier laden Law Schools auch unqualifizierte Schüler zur Bewerbung ein, um im Hochschulranking mit einer hohen Ablehnungsquote zu glänzen – mit der Behauptung sie hätten ein besonders hartes Auswahlverfahren und würden nur die besten aufnehmen. Andere Hochschulen oder einzelne Institute stellen kurz vor dem Evaluationsstermin vorübergehend möglichst viele publikationsstarke Wissenschaftler ein. Fachbereiche, die weniger Ranking-Erfolg versprechen, werden an den Rand gedrängt. „Das Ranking-Spiel prämiert am Ende diejenigen Fachbereiche, die über genügend Kapital verfügen, um systematisch die Kennziffern zu ihren Gunsten zu beeinflussen“, urteilen die Autoren.

Konzentration auf wenige Unis. Der Kampf der Hochschulen um Marktanteile, „die Logik des akademischen Kapitalismus“, führe zu einer Konzentration der prominentesten Wissenschaftler und in der Folge der meisten Forschungsgelder an wenigen Standorten, heißt es in der Studie. Der so genannte Matthäus-Effekt: Wer hat, dem wird gegeben. Dies nützt dem wissenschaftlichen Fortschritt nach Münch und Pechmann aber nicht unbedingt. Größenvorteile durch eine standardisierte Massenproduktion gebe es zwar in der

Industrie. In der Wissenschaft gehe es jedoch „um eine größtmögliche Zahl singulärer Produkte, die sich im Wettbewerb um Erkenntnisfortschritt durchsetzen müssen“.

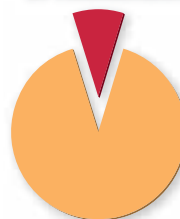
Die Autoren weisen außerdem auf gesellschaftliche Konsequenzen einer in wenige Elite- und viele Massenuniversitäten gespaltenen Hochschullandschaft

hin. In Japan und Südkorea zeige sich, dass eine durch ständige Rankings zweigeteilte Uni-Landschaft letztlich auch auf Schule und Arbeitsmarkt wirke: Wer nicht schon von der Elite-Schule kommt, hat kaum eine Chance von der Elite aufgenommen zu werden und anschließend einen Top-Job zu bekommen. In letzter Konsequenz verbaue eine solche Hochschulpolitik soziale Aufstiegschancen, resümieren die Wissenschaftler. ◀

Viel Geld an wenige Unis

Mit 1,9 Milliarden Euro fördern Bund und Länder im Rahmen der Exzellenzinitiative Projekte an...

37 Hochschulen



von insgesamt 394

Quelle: Gemeinsame Wissenschaftskonferenz 2008
© Hans-Böckler-Stiftung 2009

* Quelle: Richard Münch, Max Pechmann: Der Kampf um Sichtbarkeit. Zur Kolonisierung des wissenschaftsinternen Wettbewerbs durch wissenschaftsexterne Evaluationsverfahren, in: Jörg Bogumil, Rolf G. Heinze (Hrsg.): Neue Steuerung von Hochschulen – eine Zwischenbilanz, edition sigma, Berlin 2009
Download unter www.boecklerimpuls.de


Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11/7778-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.)
Chefredaktion: Karin Rahn; **Redaktion:** Rainer Jung, Annegret Loges, Uwe Schmidt, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter
E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de; Telefon 02 11/77 78-286,
Fax 02 11/7778-207; **Druck und Versand:** Setzkasten GmbH,
Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Nachdruck frei bei Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter www.boecklerimpuls.de

TrendTableau

ARBEITSMARKT

Mehr Junge ohne Jobs
So viele unter 25-Jährige waren arbeitslos gemeldet

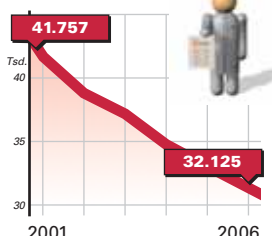


April 2009	386.900 ↑ +14,2 %
April 2008	338.900

Bundesagentur für Arbeit, April 2009

BILDUNG

Weniger Meister
Die Meisterprüfung haben absolviert...



2001	41.757
2006	32.125

Bundesinstitut für Berufsbildung 2009

GENDER

Frau Doktor selten Chef
Chefarztposten waren 2007 besetzt mit ...



Männern	12.742
Frauen	1.363

Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Mai 2009

GESUNDHEIT

Teure Pillen
Für Medikamente zahlten die gesetzlichen Krankenkassen ...




2000	19,3 Mrd. €
2008	26,7 Mrd. €

AOK, Mai 2009

EINKOMMEN

Weiter üppige Boni
Top-Manager und Führungskräfte sagen:
Meine Bonuszahlung für 2008 ist gegenüber dem Vorjahr ...

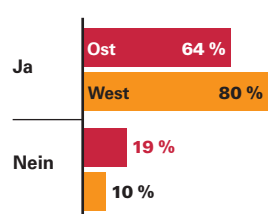


... gestiegen	38,5 %
... etwa gleich geblieben	32,2 %
... gesunken	29,3 %

803 Befragte
Personalberatung LAB & Company, Mai 2009

DEMOKRATIE

Viele Ostdeutsche von Politik enttäuscht
„Demokratie ist die beste Staatsform“ – dazu sagen ...

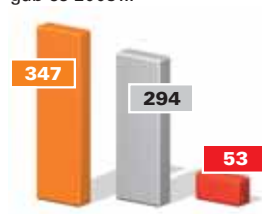


Ja	Ost	64 %
	West	80 %
Nein	Ost	19 %
	West	10 %

Rest auf 100%: „weiß nicht“; Umfrage von Ende 2008, 2002 Befragte, gerundete Werte; Bertelsmann Stiftung, Mai 2009

MITBESTIMMUNG

Patitatisch besetzte Aufsichtsräte meist in GmbHs
1976er Mitbestimmung gab es 2008 ...




GmbHs	347
AGs	294
Sonstigen Gesell.	53

Hans-Böckler-Stiftung 2009

ZUFRIEDENHEIT

Schlechtes Zeugnis für Unternehmen
„Wie haben Unternehmen in den vergangenen 12 Monaten ihre Beschäftigten behandelt?“



Unfair	46 %
Fair	38 %
Keine Meinung	16 %

Umfrage unter 1000 Wahlberechtigten Infratest Dimap, März 2009

► **ARBEITSMARKT:** Entgegen dem bundesweiten Trend hat die Zahl der offenen Stellen im Sozialbereich zugenommen. Nur Ingenieure werden derzeit häufiger gesucht als Fachkräfte für soziale Berufe, wie eine Erhebung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg ergab. Für die kommenden drei Jahre erwarten auf ganz Deutschland hochgerechnet

63.000 Betriebe einen weiter steigenden Bedarf an Sozialarbeitern, Sozialpädagogen, Erziehern, Alten- und Krankenpflegern. Mehr als die Hälfte von ihnen befürchtet sogar Engpässe bei den sozialen Fachkräften. Insgesamt ging die Zahl der offenen Stellen im ersten Quartal 2009 in Deutschland laut IAB deutlich zurück.
Quelle: IAB, Mai 2009

► **EINKOMMEN:** Vollzeitbeschäftigte in der Privatwirtschaft verdienten im Jahr 2008 durchschnittlich 41.500 Euro brutto. Das teilt das Statistische Bundesamt mit. Mit etwa 30.000 Euro liegt der ostdeutsche Durchschnittsverdienst deutlich unter dem westdeutschen Wert von gut 43.000. Gegenüber den Vorjahren nahmen die Arbeitskosten in Deutschland auch 2008 nur

moderat zu, wie die Statistiker errechneten. Mit einer Wachstumsrate von 2,5 Prozent zählte Deutschland erneut zu den Ländern mit den geringsten Zuwächsen. Eine Arbeitsstunde kostete Arbeitgeber 2008 durchschnittlich 29,80 Euro. In den übrigen EU-Staaten liegen die Werte zwischen 36,50 Euro (Dänemark) und 2,50 Euro (Bulgarien).
Quelle: Stat. Bundesamt, Mai 2009